Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Vollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 221 | — Erscheint wöchentlich 5 mal. — Bezugspreis freibleibend. | Halver Freitag, den 9 November 1923 | — Anzeigenpreis nach Grundpreisen und Schlüsselzahl. Anzeigenpreis pro mm 40 Mk. Anzeigen für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 60 Mk; Reklamen 100 Mk. — Schlüsselzahl z. Zt. 130000000. — Grundpreis mal Schlüsselzahl ergibt den Millimeterpreis | 23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung erläßt eine Verordnung, nach der die Papiermark bei allen inländischen Geschäften in Zahlung genommen werden muß.

* Eine Note der Pariser Botschafterkonferenz mit befristetem Ersuchen, die fremde Militärkontrolle in Deutschland wieder zuzulassen, ist nach Berlin übermittelt worden.

* Sachsen hat wegen des Eingreifens des Reiches bei der letzten Krise die Entscheidung des Staatsgerichtshofes angerufen.

* Die Berliner Schutzpolizei stellt 2500 neue Mannschaften ein.

* Aus Brüssel wird über eine nicht nachprüfbare Quelle behauptet, die Übereinkunft zwischen England, Belgien und Italien bestätige sich nicht.

Der unlösbare Knoten.

Über die augenblickliche verworrene Lage unserer innerpolitischen Verhältnisse wird uns von einem parlamentarischen Mitarbeiter aus Berlin unter dem 6. November geschrieben:

In Berlin zerbrechen sich alle Politiker und solche, die sich dafür halten, die sozusagen neben dem „Wagen unseres Schicksals" einherlaufen, nun tagaus tagein die Köpfe mit der Frage, „was den nun eigentlich geschehen soll". „Politisch", d. h. also, wie sich die ganze Frage der Umbildung oder Neubildung des Kabinetts entwickeln, wie der ganze parteipolitisch-parlamentarische Knoten sich lösen soll. Dieser Knoten ist so unglaublich verwirrt und durcheinander gewirkt, ist so unauflösbar, daß man nur noch auf einen Alexander hoffen kann, der ihn durchhaut.

Die Sozialdemokraten sind also aus der Regierung ausgetreten, — aber man weiß nicht, ob sie nun der neuen, rein bürgerlichen Regierung Opposition machen werden oder nicht. Das Parteidogma gebietet es; aber ob es geschieht, weiß man nicht. Daher weiß nun auch der Kanzler nicht, ob er sich nun ganz „bürgerlich" einstellen, gegen die Sozialdemokratie regieren soll oder nicht. Befolgt er eine stramme „antimarxistische" Politik, dann riskiert er, im Parlament ein Mißtrauensvotum zu erhalten, weil sich ja auch die Deutschnationalen unbedingt gegen jedes Kabinett Stresemann erklärt haben. Er verschnupft auch linksstehende Kreise des Zentrums und die Demokratie, die von den Deutschnationalen überhaupt nichts wissen wollen, sondern je eher, je lieber die jetzt geschiedene Ehe mit den Sozialdemokraten wiederherstellen wollen. Dazu kommt nun noch — ermüde nicht, lieber Leser! — die preußische Frage. Dort wollen Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten unbedingt an der bisherigen Koalition und dem Ministerium festhalten. Und schließlich: des Kanzlers eigene Partei, die Deutsche Volkspartei ist, wie er selbst, im Reich für einen Abschluß, für einen Schlußstrich unter das Kapitel „Große Koalition", aber in Preußen ....?

Und zwischen all diesem Getriebe und — Geschiebe, zwischen diesem Hin und Her der Parteien steht der Kanzler, der nun seinerseits weiter nichts vermag, als die parlamentarische Entscheidung hinauszuschieben. Also es geschieht nichts; denn auch andere Kräfte spielen dies Spiel mit, wirkliche Kräfte, die von viel stärkerem Einfluß sind, wirkliche Wichtigkeit haben. Da sind zunächst viele Wirtschaftskreise außerordentlich stark erregt über die zögernde Währungspolitik der Rumpfregierung, einmal, weil die Ausgabe von 300 Millionen Goldmark der Goldanleihe enorme inflatorische Wirkungen ausübt, die Preise steigert und, da sie ja nur Zwischenlösung bis zur Durchführung der Rentenmark ist, diese schon im voraus zu diskreditieren vermag. Und dann vor allem deswegen, weil noch immer nicht in das Zahlungsmittelchaos durch eine Festlegung des Einlösungskurses der Goldanleihe gegen Papiermark eine gewisse Beruhigung gebracht worden ist, daß die Veröffentlichung dieses Umrechnungskurses noch immer auf sich warten läßt. Aus demselben Grunde haben sich auch die Christlichen Gewerkschaften sehr energisch gegen die Regierung Stresemann gewandt.

Dazu der bayerische Konflikt, den man allerdings nicht zu übertreiben braucht — ängstliche Gemüter sehen Hitler schon durch das Brandenburger Tor in Berlin einziehen —, vor allem aber die wirtschaftlich-sozialen Zustände im Innern, die Ausschaltung des Reiches im Ruhrgebiet, die Kämpfe mit den Separatisten, wobei das Reich sich mit der Absendung von Protestnoten begnügen muß, — da ist der Aufruf, den die Reichsregierung gegen die Hetze zum Bürgerkrieg soeben erläßt, etwas, was vom Wind der Tageswirklichkeiten rasch verweht wird. Irgend eine feste Stütze scheint im Augenblick das Kabinett Stresemann nicht zu haben; denn die politischen Parteien sind eine solche Stütze nicht. Denn der Reichskanzler ist ja, selbst wenn er regieren, diktatorisch regieren wollte, dazu nicht in der Lage, da ihm ja das Ermächtigungsgesetz nicht mehr zur Verfügung steht. Also parteipolitisch-parlamentarisch ist die Karre völlig festgefahren, zumal da auch der Reichspräsident dem Kanzler die Vollmacht zur etwaigen Auflösung des Reichstages nicht mehr geben will, wie es in politischen Kreisen heißt.

Da ist es nicht verwunderlich, daß man von einer Kabinettskrise spricht, daß wieder die Männer für die Bildung eines wirtschaftlich eingestellten, „unpolitischen" Kabinetts genannt werden, die schon vor Monatsfrist auftauchten. Minoux, der frühere Generaldirektor bei Stinnes, und der frühere Kruppdirektor Wiedfeld, jetzt unser Botschafter in Washington. Dazu andere Führer im politischen Kampfe in Deutschland, so z. B. der Ostpreuße Frhr. v. Gayl, Männer, denen manche Leute eine Lösung, wenigstens des bayerischen Konflikts und der Differenzen mit den Wirtschaftskreisen, zutrauen.

Wer diesen Knoten durchhauen kann? Nur einer, der wirklich Diktator ist, der sich dabei aber auch auf wirkliche Kräfte stützt, der bei diesen Kräften unbedingtes Vertrauen hat. Und wenn der Mann nicht bald, sehr bald kommt, dann würde selbst ein Alexander diesen Knoten nicht mehr durchhauen können.

Deichsel nach rechts?

Aus der Deutschnationalen Volkspartei nahestehenden Kreisen erhalten wir folgende Zuschrift:

Die Karre sitzt im Sumpf, sitzt tief drinnen; ratlos stehen die Fuhrleute darum herum und streiten sich, ob man versuchen soll, die Karre in der alten Richtung noch ein bißchen weiter zu schieben. Man glaubt aber nicht mehr daran, daß man in dieser Richtung einmal auf festen Boden kommt, und streitet sich nun heftig darüber herum, ob man die Deichsel nach rechts drehen soll, um zu versuchen, nun einmal nach dieser Richtung den Versuch zum Herauskommen aus dem Sumpf zu ermöglichen.

Natürlich gibt es Parteien und Leute in Deutschland, die sich lieber totschlagen lassen wollen, als etwa mit den Deutschnationalen zusammen zu arbeiten. Warum eigentlich? Unter dem Ministerium Stegerwald ist's in Preußen doch ganz gut gegangen, und vor allem, es geht einfach gar nicht länger, daß man aus parlamentarisch-parteipolitischer Dogmensucht heraus viele Millionen Deutscher — die Deutschnationalen sind namentlich in letzter Zeit außerordentlich angewachsen — von dem Versuch einer Mitarbeit einfach ausschließt. Es sind doch dort Kräfte, überaus wertvolle Kräfte, Talente da — diese ausschalten, brachliegen lassen, bloß, weil den andern die politische Nase der Deutschnationalen nicht gefällt, ist ebenso deutsch wie überflüssig, vielleicht sogar in der jetzigen Situation verhängnisvoll.

Ja, aber — heißt es: „die stehen doch nicht auf dem Boden der Verfassung!" Das ist zunächst einmal falsch; der Parteivorsitzende hat das Gegenteil oft genug erklärt. Und außerdem, was die Deutschnationalen über die Verfassung denken, ist wirklich ganz egal. Denn erstens ist die Verfassung schon so oft geändert und durchbrochen worden, daß sie schon recht geflickt erscheint, und zweitens ist die Verfassung nichts anderes als der Ausdruck der zurzeit stärksten Kräfte, der Ansichten also der Majorität. Ändern sich die Kräfte, wird die Minderheit zur Mehrheit, dann wird die Verfassung anders, die nichts anderes ist als nachträgliche Legalisierung der bestehenden Kräfteverteilung. Mögen im übrigen die Deutschnationalen über diese Dinge denken wie sie wollen — Gedanken sollten doch wenigstens noch zollfrei sein. Und mögen sie darüber auch reden was sie wollen, darauf kommt es nicht an, sondern nur auf das Handeln.

Darum sollten auch die sich sträubenden Parteien — es sind nur noch die Demokraten und ein Teil des Zentrums — wegen der Gedanken der Deutschnationalen, wegen allerhand Parteigrundsätzen nicht die Karre im Sumpf stecken lassen, sollten nicht diskutieren und disputieren, sondern nur auf das Ziel achten, das die Deutschnationalen ebenso wollen wie die andern: heraus aus dem Sumpf! Bloß mit anderen Mitteln, als es bisher geschah, durch einen radikalen außen- wie innenpolitischen Bruch mit dem bisherigen Geschehen. Daß es möglich war, beweist der Helfferichsche Plan, der die beiden entscheidenden Punkte unserer Innenpolitik, die Währung und die Ernährung, anpackte. Wir wären schon viel, viel weiter, hätte man aus parteipolitischen Bedenken den Plan nicht in den Schubkasten gelegt.

Nur auf das Programm — nicht der Partei, sondern ihrer Politik des Tages, der nahen Zukunft — kommt es an. Und wenn deutschnationalerseits im Interesse ungestörter Produktion die Stärkung der Staatsautorität mit allen Mitteln, Beseitigung und Ausmerzung alles dessen, was ihr schadete, verlangen zu müssen glauben, die Beseitigung jedes geistigen und wirtschaftlichen und politischen Terrors, vor allem aber eine gründliche Steuerreform nach der Seite der Vereinfachung hin fordern, wenn schließlich eine Abänderung der Arbeitszeitgesetzgebung mit dem Ziel wirklicher Produktionshebung und Rentabilisierung unserer Wirtschaft und noch manches andere durchgesetzt werden soll, wenn nötig, gegen den Reichstag, auf dem Wege einer nationalen Diktatur, also unter Beseitigung aller parlamentarisch-parteipolitischen Hemmnisse, so muß man jetzt einfach dieses Arbeiten-, dieses Mitwirkenwollen annehmen.

Wir Deutsche können uns den Luxus nicht mehr leisten, etwas aus parteipolitischen Gründen zu wollen oder nicht zu wollen. Gerade das führte die Karre in den Sumpf. Da muß es heißen: Deichsel nach rechts!

Deutschnationale und Regierung.

Berlin, 7. November.

Die Pressestelle der Deutschnationalen Volkspartei verbreitet folgende Erklärung:

Der Abg. Hergt hatte mit Herrn Dr. Stresemann eine persönliche Unterredung, die nur informatorischen Charakter hatte und streng vertraulich ist. Abg. Hergt hatte dabei Gelegenheit, das bereits seit längerer Zeit vollständig fertiggestellte Programm der Deutschnationalen Volkspartei für die Bildung einer neuen Regierung darzulegen. Dieses Programm hat auch bereits das Einverständnis weitester Kreise der Wirtschaft und der nationalen Bewegung gefunden, so daß die neu zu bildende „Regierung des Vertrauens" mit Recht diesen Namen tragen würde. Offiziell ist von keiner Seite an die Deutschnationale Volkspartei herangetreten worden. Die Pressemitteilungen, die geeignet sind, den wahren Sachverhalt zu entstellen und den Eindruck zu erwecken, als ob die Deutschnationale Volkspartei sich versagt hätte, sind demnach irreführend und unrichtig.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Wertbeständige Zahlungen auch für Pensionäre.

In der gleichen Anweisung des Reichsfinanzministers an die Reichsbank, die anordnet, daß den Beamten zehn Prozent ihrer Bezüge in wertbeständigen Zahlungsmitteln ausgezahlt werden, heißt es, „daß auch die Bezüge der Pensionäre und der Hinterbliebenen, die von einer Reichskasse unmittelbar bezahlt werden, in derselben Weise mit wertbeständigen Zahlungsmitteln auszuzahlen sind. Erfolgt die Zusendung dieser Bezüge durch Post- oder Zahlungsanweisungen, so sind diese wie bisher in Papiermark auszufertigen.

Aufruf der Gewerkschaften.

Zum Schutz der Verfassung und der Einheit des Reiches erlassen die Gewerkschaften „Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund", „Gewerschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände", „Allgemeiner freier Angestellten-Bund", „Allgemeiner Deutscher Beamtenbund" und „Deutscher Beamtenbund" einen Aufruf, in dem es zum Schluß heißt: „Die gewerkschaftlichen Verbände als Vertreter des werktätigen Volkes rufen ihre Mitglieder und alle übrigen auf dem Boden der Reichsverfassung stehenden Volkskreise auf, sich zum Schutze der Verfassung und der Republik zur Verfügung zu stellen, wie auch die Gewerkschaften selbst ihre Organisationen zur Abwehr bereit stellen."

Verhandlungen über das Ruhrgebiet.

Die Vertreter der Verbände der Bergbauangestellten des Ruhrgebietes hatten in Düsseldorf eine mehrstündige Besprechung mit der Leitung der französischen Ingenieurkommission über die Lage im Ruhrrevier. Sie wiesen auf die Tatsache hin, daß 117 Schachtanlagen vollständig, und 97 teilweise stilliegen, dagegen nur 15 in Betrieb sind. Die dadurch hervorgerufene Arbeitslosigkeit treibe das Volk zur Verzweiflung und Unruhen. Man wünsche zu erfahren, wie weit die Verhandlungen mit den deutschen Arbeitgebern gediehen seien. Auch wurde die Forderung der Hinzuziehung von Vertretern der Gewerkschaften zu den Verhandlungen vertreten. — Der Beauftragte des Leiters der französischen Ingenieurkommission erklärte, daß die Verhandlungen mit den Konzernvertretern noch im Fluß seien. Das Abkommen mit einzelnen Firmen sei schon unterzeichnet. Ein Hinzuziehen der Gewerkschaften mit den Konzernen lehne man ab.

Politische Lage in Sachsen.

Die Erklärungen des Ministerpräsidenten Fellisch im Landtag verursachten eine längere Aussprache, bei der die Deutsche Volkspartei die Auflösung des Landtages forderte, da man der jetzigen Regierung kein Vertrauen entgegenbringen könne. Auch die Kommunisten erklärten, dem Antrag zustimmen zu wollen. Dagegen erklärte der demokratische Abgeordnete Dr. Seyfert, seine Partei werde dem Auflösungsantrag der Deutschen Volkspartei widersprechen. Am Donnerstag soll über einen kommunistischen Mißtrauensantrag gegen die Regierung verhandelt werden. Sodann findet die zweite Beratung über den Antrag der Deutschen Volkspartei auf Auflösung des Landtages statt. — Wie die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei mitteilt, hat die sächsische Regierung wegen des Vorgehens der Reichsregierung und des Reichspräsidenten gegen das Ministerium Zeigner sowie wegen der Amtsenthebung der bisherigen Minister durch den Reichskommissar und des Verbotes des Landtagszusammentritts die Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die Verfassungsmäßigkeit dieser Maßnahmen angerufen.

Baden für Abänderung der Rhein-Ruhr-Abgabe.

Das badische Ministerium hat bei der Reichsregierung den Antrag auf baldige Abänderung der Rhein-Ruhr-Abgabe, der Betriebsabgabe und der Landabgabe gestellt. In der Begründung ihrer Anträge erklärt die badische Regierung, daß für Baden die Belastung durch diese Gesetze besonders stark ins Gewicht falle einmal durch die weite Entfernung Badens von der See und von den Kohlenbezugsgebieten und weiterhin dadurch, daß der für die Landabgabe maßgebende Wehrbeitragswert in Baden sehr viel höher als in anderen Gebieten des Reiches sei.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die Veröffentlichung der zweiten Reihe der Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes über „Die Große Politik der europäischen Kabinette 1871 bis 1914" steht unmittelbar bevor.

Berlin. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen, einen Ausschuß von 28 Mitgliedern einzusetzen, der die Weimarer Reichsverfassung im Sinne der besseren Berücksichtigung besonders föderalistischer Grundsätze zu überprüfen hat."

München. Die meisten auf Grund der Verfügung des Staatskommissars ausgewiesenen Juden nichtbayerischer Staatsangehörigkeit haben Beschwerde beim Generalstaatskommissariat erhoben. Wie man hört, wurde einem Teil dieser Beschwerden stattgegeben.

Rostock. In der Nacht vom Sonntag zum Montag und auch im Laufe des Dienstag wurden hier 21 Kommunisten, darunter eine Frau, verhaftet.

Madrid. Nach einem Dekret ist die Regierung zur Regulierung der Preise der Lebensmittel und der notwendigsten Verbrauchsartikel sowie zur zeitweiligen Abänderung der Zollsätze ermächtigt worden.

Wieder Militärkontrolle verlangt.

Ultimatum bis 10. November.

Die von der Pariser Botschafterkonferenz beschlossene neue Note der Verbündeten über die Militärkon-

trolle ist dem deutschen Geschäftsträger in Paris nunmehr übermittelt worden. Poincaré hat die Note in seiner Eigenschaft als Präsident der Botschafterkonferenz unterzeichnet.

Die Verbündeten erinnern in der Note an die früheren ergebnislos gebliebenen Aufforderungen, die sie in dieser Angelegenheit an Deutschland gerichtet haben. Die Reichsregierung wird aufs neue aufgefordert, alle Maßnahmen zu treffen, damit die Kontrollkommissionen ihre seit Monaten unterbrochene Tätigkeit wieder aufnehmen können.

Die Note ist kurz; sie füllt kaum eine halbe Seite. Die Verbündeten fragen an, warum die deutsche Regierung noch nicht auf die Note vom 3. Oktober geantwortet hat, in der Deutschland aufgefordert worden ist, Maßnahmen zur Ermöglichung der Kontrolltätigkeit zu treffen, und besonders den französischen und belgischen Mitgliedern der Kontrollkommissionen die Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit zu ermöglichen. Die Reichsregierung wird ersucht, spätestens bis zum 10. November mitzuteilen, welche Maßnahmen sie zu diesem Zwecke zu treffen gedenkt.

Amerikas Rückfragen.

Um die deutsche Zahlungsfähigkeit.

Nach Meldungen aus Washington hat Staatssekretär Hughes die französische Regierung um genaue Angaben betreffend die französischen Vorbehalte zum Sachverständigenplan bitten lassen, und zwar wünscht er:

1. insbesondere in Erfahrung zu bringen, ob eine Prüfung der Ertragsfähigkeit des Ruhrgebietes ausgeschlossen bleibt, 2. welcher Zeitbegriff dem Satze Poincarés von der gegenwärtigen Leistungsfähigkeit des Reiches zugrunde gelegt werden müsse, und ob die Sachverständigen einstimmig ihr Gutachten abgeben müssen, damit es als gültig anerkannt wird.

Der „Chicago Tribune" zufolge versteht die französische Regierung unter der „gegenwärtigen" Zahlungsfähigkeit einen Zeitraum von 2 bis 3 Jahren, entsprechend der Dauer des Moratoriums, mit dem sie sich im Januar auf der Konferenz des Obersten Rates, den Besitz bestimmter Pfänder vorausgesetzt, einverstanden erklären. Poincaré hat sofort die von Amerika gewünschten Aufschlüsse nach Washington gekabelt. Poincaré hat außerdem ein neues Schriftstück nach London gesandt, in dem er mitteilt, daß die zuständige Abteilung mit der Vorbereitung des Programms der Sachverständigen beauftragt wurde.

Faulhaber an Stresemann.

Gegen Bürgerkrieg und Selbstzerfleischung.

In der Antwort auf ein Schreiben, das der Reichskanzler an den Kardinal-Erzbischof Faulhaber von München gerichtet hatte, antwortete dieser in einem längeren Briefe. U. a. führt der Kardinal aus:

Wie sollen berufene Staatsmänner auf die Dauer den Mut haben, in der Regierung die Last der Verantwortung zu tragen, wenn ihnen fortwährend die Zirkel gestört und alle Kundgebungen und Maßnahmen der Regierung mit unfruchtbarer, rein negativer Kritik, statt mit positiver Mitarbeit beantwortet werden? Wie sollen wir über die ins Riesenhafte gewachsene wirtschaftliche Not, über das mit der Arbeitslosigkeit kommende Elend dieses Winters Herr werden, wenn nicht alle sittlichen Mächte ohne Unterschied der Konfession und Standespflicht und Partei zusammen helfen? Wie wollen wir **sonst den Haß abbauen, der blindwütig über unsere israelitischen Mitbürger oder über andere Volksgruppen in Bausch und Bogen, ohne Schuldnachweis von Kopf zu Kopf, den Stab bricht, oder den Bürgerkrieg nährt,** der unabsehbare neue Verwüstungen anstiften und die Verelendung unseres armen Volkes durch Selbstzerfleischung besiegen würde? Nach dem Zeugnis der Geschichte waren Bürgerkriege noch immer die erbittertsten und blutigsten und wundenreichsten Kriege. Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß ich die föderalistische **Umgestaltung der Weimarer Verfassung** für eine staatsmännische Notwendigkeit halte, um die schleichenden Bürgerkriege zu beenden und wertvolle Kräfte aus dem Eigenleben der deutschen Volksstämme für den Dienst am Ganzen zu gewinnen. Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß alle Reichsschulgesetzversuche die bisher zu Recht bestehende Bekenntnisschule in ihrem Rechtszustande zu bedrohen und damit in die Freiheit der Elterngewissen einzugreifen und das Vertrauen weiter Kreise zum Reiche zu erschüttern geeignet waren. Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß die Treue des bayerischen Volkes zu seinem Königshause das Recht der völkischen Selbstbestimmung für sich in Anspruch nimmt. Das alles darf aber nur auf verfassungsmäßigem und unblutigem Wege geschehen, nicht durch Umsturz und gewalttätige, blutige Eingriffe in den Gang der Entwicklung.

Maßnahmen in Thüringen.

Gegen die proletarischen Hundertschaften.

Der kommandierende General Reinhardt hat den Kommandeur der 3. Kavallerie-Division, Generalleutnant Hasse, beauftragt, bei der augenblicklich drohenden Lage in Thüringen durch die ihm zur Verfügung gestellten Reichswehrtruppen der Thüringer Landespolizei eine feste Reichsgewalt zu geben und die Auflösung und Verfolgung der proletarischen Hundertschaften durchzuführen. Zu diesem Zweck wird Polizeioberst Müller-Brandenburg von der thüringischen Landespolizei General Hasse unterstellt.

Die Stadt Gotha und die umliegenden Ortschaften sind durch Reichswehrabteilungen besetzt. Es wurden die wichtigsten Gebäude der Stadt besetzt und Verhaftungen kommunistischer Führer vorgenommen. Umfangreiche Durchsuchungen nach Waffen erfolgten. Weiter wurde die Druckerei des Volksblattes besetzt und versiegelt.

Das Treiben der Separatisten.

Falschgeldfabrikation.

In Kaiserslautern halten sich die Separatisten noch immer. Unter ihnen selbst kam es verschiedentlich zu Meutereien. Die Leute, die den ganzen Tag nichts zu essen erhielten, verlangten Brot, Geld und Urlaub. Diejenigen, denen dies verweigert wurde, rissen aus. Der Redakteur der Pfälzischen Freien Presse und der Redakteur des Volksboten mußten auf dem Bezirksamt in dem Quartier der Separatisten erscheinen, wo ihnen eine Erklärung vorgelegt wurde, ob sie bei der Beschlagnahme der Zeitungen weiter zu arbeiten bereit wären. Dies wurde abgelehnt.

Sonderbündlerische Notenpressen.

Die Separatisten haben sich in Kreuznach der dortigen städtischen Notengelddruckpressen bemächtigt und lassen **bedeutende Summen an Notgeld** täglich drucken. Der Kreisdelegierte der Interalliierten Kommission hat angeordnet, daß die Privatbanken dieses Geld einlösen. Er hat ferner die Beamten der Reichsbank unter Androhung der Freiheitsberaubung und der Vermögenskonfiskation gezwungen, das Notgeld gleichfalls anzunehmen. Es sind gestern allein bei der Reichsbank 6000 bis 7000 Billionen Mark eingelöst worden. Die Separatisten haben mit dem Geld Devisen gekauft.

Schießereien in Duisburg.

Das Requisitionsverbot der Besatzungsbehörden für die Separatisten in Duisburg wurde durchgeführt. Eine acht Mann starke Separatistenbande erschien bei der Brotfabrik Frey im Stadtteil Hochfeld, um Mehl und Brot fortzunehmen. Zur selben Zeit passierten die von Rheinhausen kommenden Kruppschen Arbeiter die Straße und versuchten, die Separatisten an der Plünderung zu hindern. Es kam zu einem Zusammenstoß, der damit endete, daß die Separatisten auf in der Nähe liegende Rheinschiffe flüchteten und von dort aus auf die nachdrängende Menge schossen, wobei sechs Arbeiter schwer verletzt wurden. Inzwischen war die belgische Gendarmerie von dem Plünderungsversuch verständigt worden. Sie erschien sofort auf dem Kampfplatz und verhaftete die Separatisten, mit ihnen auch weitere, die gerade zur Unterstützung des ersten Trupps heranrückten. Mit „Hände hoch" erfolgte der Abtransport, sehr zur Genugtuung der über die Schießerei erbitterten Menge. Die Verletzungen der sechs Opfer des Zusammenstoßes sind sämtlich sehr schwer.

Das Rentengeld.

Noch keine bestimmte Frist zur Ausgabe.

Die anhaltende Verzögerung in der Herausgabe des Rentengeldes hat die Reichsregierung zu einer Erklärung veranlaßt, in der sie auf die schwierige technische Herstellung hinweist und betont, daß der Betrag der fertiggestellten Rentenbankscheine am 15. November voraussichtlich 243 Millionen Mark betragen werde. Auch die Herstellung der Rentenpfennige sei in die Wege geleitet. Der Tag, an dem das Rentengeld herauskommen wird, ließe sich noch nicht mit Sicherheit angeben, weil eine sorgsame Verteilung über das ganze Reich vorausgehen müsse. An dem gleichen Tage, an dem mit der Herausgabe der Rentenmark begonnen werde, höre entsprechend den Bestimmungen über die Rentenbank die Inanspruchnahme der Reichsbank durch Diskontierung von Reichsschatzwechseln auf, mit der praktischen Bedeutung, daß die Inflationsquelle verstopft und die Tätigkeit der Notenpresse stillgelegt wird.

*

Keine weitere Ausgabe von Notgeld.

Der Reichsminister der Finanzen wird weiterhin Anträge auf Ausgabe von Notgeld, das auf Papiermark lautet, nicht genehmigen, da die Reichsbank jetzt genügende Zahlungsmittel ausgeben kann. Eine Ausnahme kann nur in Fällen zugelassen werden, in denen der Nachweis einer besonderen örtlichen Notlage erbracht ist, und in denen durch die Geldverteilungsstelle des Reichsbankdirektoriums eine Abhilfe durch rechtzeitige und genügende Lieferung der geforderten Beträge nicht zugesagt werden konnte.

Annahmezwang für Papiermark.

Bei Verweigerung schwere Strafen.

Eine Verordnung über die Verpflichtung zur Annahme von Reichsmark bei Inlandsgeschäften verbietet, den Abschluß oder die Erfüllung von Verträgen über die Lieferung von Waren oder die Bewirkung von Leistungen zu verweigern, weil die Zahlung in Reichsmark erfolgt. **Sie verpflichtet also zur Abgabe von Waren gegen Reichsmark** auch auf Grund bestehender Verträge. Die Verordnung bestimmt weiter, daß Reichsmark zu dem Werte in Zahlung genommen werden muß, den sie **nach dem amtlichen Kurs der Berliner Börse hat.** Im Einzelhandel und bei Zahlungen an öffentliche Kassen ist der Berliner Mittelkurs für Auszahlung Newyork maßgebend. Geschäfte, die hiergegen verstoßen, sind **nichtig und mit schweren Strafen bedroht.** Die Verordnung findet keine Anwendung auf Geschäfte, bei denen nach der Devisengesetzgebung Zahlung in ausländischer Währung gefordert werden darf. Die Verordnung tritt mit der Veröffentlichung in der Presse in Kraft.

Lokales und Provinzielles.

Halver, 9. November 1923.

□ **Postalisches.** Bei Einzahlungen auf Postanweisungen nach dem Saargebiet, dem Gebiet der Freien Stadt Danzig und dem Ausland sowie bei Einzahlungen durch Zahlkarte auf Konten beim Postscheckamt in Danzig sind Inhalt und Zweck des Geschäfts, für das die Zahlung dient, nur noch dann anzugeben und durch Nachweis zu belegen, wenn es sich im einzelnen um Zahlungen handelt, die den fünfzigfachen Betrag des jeweiligen Goldumrechnungssatzes für Reichssteuern übersteigen. — Mit Ablauf des Monats November 1923 verlieren alle Freimarken (auch Flugpostmarken) im Einzelwerte von 100 Mark bis 800 000 Mark ihre Gültigkeit. In den Händen der Bevölkerung befindliche, nicht zum Freimachen von Sendungen benutzte Marken dieser Art werden bis Ende Dezember 1923 an den Schaltern der Postanstalten bar oder gegen andere Freimarken eingelöst, wenn von einer Sorte mindestens Marken im Werte von 1 Million Mark vorgelegt werden. Auch bei höherem Gesamtwert wird ein Teilbetrag unter 1 Million nicht vergütet. Vordrucke mit eingedrucktem Wertstempel (Postkarten, Kartenbriefe, Briefumschläge usw.) werden nicht eingelöst.

□ **Die Gültigkeitsdauer der Eisenbahnfahrkarten.** An der Gültigkeit der einfachen Eisenbahnfahrkarten wird durch die Goldmarkpreise nicht geändert. Sie sind wie bisher vier Tage gültig, eine am Montag gelöste Fahrkarte also bis einschließlich Donnerstag. Die Fahrscheinhefte des Mitteleuropäischen Reisebureaus, deren Gültigkeit während der rasch aufeinanderfolgenden Tariferhöhungen von Nachzahlungen abhängig gemacht wurde, sind jetzt wieder unbeschränkt 60 Tage gültig. Ein am 1. November zum Goldmarkkurs vom 31. Oktober gelöstes Heft ist also ohne Nachzahlung bis zum 30. Dezember gültig. Der Umtausch unbenutzter Fahrkarten ist an den Schaltern oder in dem Reisebureau, wo sie gekauft sind, nur am Lösungstage statthaft; für unbenutzte Fahrkarten, die an einem späteren Tage zum Umtausch vorgelegt werden, muß ein Erstattungsantrag gestellt werden. Zu erstattende Beträge werden wie bisher in Papiermark ausgezahlt, jedoch auf Grund des Goldmarkpreises der Fahrkarte, umgerechnet nach dem Kurs des Tages, an dem der Betrag erstattet wird und unter Abzug von 20 % Verwaltungskosten; nur wenn die Reise infolge Ausfalls eines Zuges oder aus Gründen, die von der Reichsbahn verursacht wurden, nicht angetreten wurde, wird von dem Verwaltungskostenabzug abgesehen.

Mittagssonne.

Roman von Wolf vom Rosenegg.

22) Nachdruck verboten.

„Ich danke Ihnen, Herr Oberst. Es sind schon wieder Jahre vergangen, seit ich allein bin."

„Ja, ich weiß es. Freilich ist es auch bei uns noch gar nicht so lange her, seit wir davon Kenntnis bekamen. Merkwürdig, wenn ich so an die Zeit denke, da Sie nach Schwanbach kamen und wir uns dort kennen lernten; Sie und Elfriede standen damals, jedenfalls mit tausend Hoffnungen, auf der Schwelle des Tores, das in das weite Leben führt; und heute, verhältnismäßig, ist nur eine kurze Spanne Zeit seitdem verflossen, haben Sie und Elfriede schier mehr erlebt, und erfahren, wie ich alter Mann mit meinen bald siebzig Jahren, dessen ganzes Leben immer gleich ruhig und gleichmäßig dahingeflossen ist, denn der dienstliche Aerger und die dienstlichen Unstimmigkeiten, die es im Garnisonleben gab, waren nur harmlose Mückenstiche und nicht geeignet, mir das Leben zu verbittern."

Im Laufe des weiteren Gesprächs meinte der Oberst plötzlich: „Herr Doktor, da kommt mir soeben ein Gedanke. Wenn Sie nichts Besseres zu tun haben und einen Tag Ihrer Innsbrucker Zeit opfern wollten, möchte ich Sie einladen, mit mir morgen nach Obladis zu fahren. Uebermorgen früh könnten Sie ja wieder zurück sein. Meine Frau und Elfriede würden sich gewiß sehr freuen, Sie wieder einmal begrüßen zu können."

Dieser Vorschlag des Obersten kam Hans Reichmann ganz überraschend; er zauberte plötzlich Elfriedens Bild vor sein geistiges Auge, in all seiner Lieblichkeit und Anmut, wie es ihm noch im Gedächtnis haftete; in dieser Minute stieg leuchtend und blendend eine Hoffnung in ihm auf, die er damals, als er Schwanbach verließ, für ewig begraben glaubte, als er den Weg des Glückes links liegen lassen und den Weg der Pflicht hatte gehen müssen.

„Herr Oberst", sprach er da lebhafter, als es sonst seine Art war, „ich danke Ihnen, sehr gern komme ich mit. Ich versäume ja nichts, und es wird auch mir eine große Freude sein, der Frau Gemahlin und der Frau Doktor meine Aufwartung zu machen. Wann fahren Sie?"

„Punkt acht Uhr geht der Zug ins Oberinntal. In Landeck essen wir zu Mittag, nehmen dann vom Postmeister einen Wagen und fahren nach Prutz. Wir können also in den ersten Nachmittagsstunden in Obladis sein. Die Rückreise treten Sie nach Belieben an. Ich freue mich, daß Sie mitkommen."

Noch ein Stündchen blieben die Herren beisammen sitzen und sprachen nach wie vor von alten Zeiten; dann erhoben sie sich und wünschten sich, nachdem sie ihre Zusammenkunft für den nächsten Tag verabredet hatten, gute Nacht. Der Oberst begab sich zur Ruhe, Hans Reichmann wandte sich seinem Hotel zu.

In dieser Nacht schlief er schlecht. Die Aussicht, Elfriede wieder zu sehen, erregte ihn mehr, als er gedacht hatte. War es denkbar, daß ein im Frühling verdorrtes Reis im Sommer nochmals blühte?

Er war am Morgen pünktlich und traf vor dem Gebäude des Hauptbahnhofes mit dem Obersten zusammen. In angeregtem Gespräch, das teils aber der Gegend galt, verging die Fahrt. In Landeck angekommen, gingen die beiden Herren zu Fuß in die Stadt, speisten auf der Post zu Mittag und fuhren dann mit einem Landauer nach Prutz, einem freundlichen Oberinntaler Dorf, von wo aus die Bergstraße nach dem Dorfe Ladis und der Kuranstalt Obladis führte.

Rüstig schritt der Oberst neben Hans Reichmann dahin. Das Bergaufsteigen schien dem alten Herrn keine Beschwerden zu verursachen. Als sie schon gegen Obladis, dessen langgestrecktes Kuranstaltsgebäude über dem Walde sichtbar wurde, anstiegen, sahen sie etwas oberhalb zwei Damen, ohne Hut, den Sonnenschirm in der Hand, dort aus dem Walde treten, wo die Straße in diesen einmündete.

Hans Reichmann hatte sofort die Frau Oberst und Elfriede erkannt; aber auch der Oberst, dessen Augen in die Weite noch besser sahen, war stehen geblieben und blickte scharf hinauf. In diesem Augenblick winkten die beiden Damen mit ihren Schirmen, und der Oberst sprach, weitergehend: „Da kommen ja Mama und Elfriede uns entgegen."

Wenig später war man beieinander.

Die Frau Oberst hatte sich kaum verändert, nur ihr Haar war silberweiß geworden. An Elfiede freilich waren die vergangenen Jahre nicht spurlos vorübergegangen. Wohl hatten die letzten Wochen in der Ruhe und herrlichen Luft von Obladis den immer noch schönen Zügen der jungen Frau das Abgespannte, Müde genommen, um ihre Mundwinkel aber hatte sich ein tiefer, herber Zug eingegraben und in den Augen war nicht mehr der helle, frohe Glanz von ehedem.

„Grüß Gott!" rief der Oberst seinen Damen zu, „da bringe ich euch jemand mit. Kennt ihr ihn noch?"

„Herr Dr. Reichmann", sprach die Frau Oberst, „wirklich. Sie sind es. Das nenne ich eine liebe Ueberraschung; seien Sie uns herzlich willkommen."

Hans Reichmann küßte der alten Dame die Hand, dann erwiderte er: „Ein angenehmer Zufall hat mich in Innsbruck mit dem Herrn Oberst zusammentreffen lassen. Der Herr Oberst hat mir schon gesagt, daß es Ihnen, gnädige Frau, gut geht, und Ihr Aussehen bestätigt diese Worte."

Dann wendete er sich Elfriede zu und küßte auch ihr die Hand, nicht ohne tiefe Bewegung und sprach nur: „Gnädige Frau."

Aber auch Elfriede fand keine Worte. Die gänzlich unerwartete Begegnung hatte ihr fast die Fassung geraubt. Zuerst war es glühend in ihre Wangen gestiegen, dann das Rot wieder einer tiefen Blässe gewichen. Sie überließ Hans Reichmann einen Augenblick ihre Hand, dann wandte sie sich stumm mit einer hastigen Bewegung ab, um die aufsteigenden Tränen zu verbergen. Der Oberst und seine Frau bemerkten dies wohl, den richtigen Grund jedoch ahnten sie nicht, sie dachten sich, daß das überraschte Wiedersehen mit einem Bekannten aus der schönen Schwanbacher Zeit Elfriede das, was sie seitdem erlebt hatte, wieder in Erinnerung rief, und sie suchten ihr über diesen Augenblick hinwegzuhelfen, indem sie anfingen, mit Hans Reichmann über gleichgültige Dinge zu plaudern. Man ging langsam den Weg nach Obladis hinauf. Bald hatte sich Elfriede indes wieder gefaßt, nun wandte sie sich, ohne das Vergangene mit einem Wort zu berühren, mit der Frage an Hans Reichmann: „Sie waren gerade in Innsbruck, Herr Doktor?"

„Gnädige Frau, ich habe den größeren Teil meiner heurigen Ferien hinter mir und war eben von Birkenau gekommen, wollte noch ein paar Tage in Innsbruck bleiben, dann noch ein bißchen in den Dolomiten herumklettern, bevor ich nach Meran zurückkehrte; da habe ich gestern abend gerade den Herrn Obersten getroffen und bin seiner Einladung, ihn heute hierher zu begleiten, gern gefolgt."

„Das war eine gute Idee von dir, Oskar, den Herrn Doktor mitzubringen," sprach die Frau Oberst, „es ist jetzt schön hier."

(Fortsetzung folgt.)

dung der Entscheidung des belgischen Oberkommissars anläßlich der Separatistenunruhen angeschlossen.

Amerikanische Hilfe für Deutschland.

Newyork, 7. November. Nach einer Meldung aus Washington beschäftigt die Frage einer ausgedehnten Hilfe für die Bevölkerung Deutschlands die amtlichen Kreise. Es wird als wahrscheinlich angesehen, daß der Präsident an den im Dezember zusammentretenden Kongreß eine besondere Botschaft richten werde, in der er ähnliche Maßnahmen vorschlagen werde, wie sie für die Hilfe in Rußland in der letzten Tagung des Kongresses beschlossen wurden. Damals wurden 25 Millionen Dollar für den Ankauf von Nahrungsmitteln bereitgestellt

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Buchdruckerlöhne.) Für das deutsche Buchdruckergewerbe ist zwischen den vertragschließenden Organisationen vereinbart worden, daß mit Rücksicht auf die eingetretene Geldentwertung statt der im letzten Schiedsspruch festgesetzten Vorauszahlung von 60 % bis spätestens Freitag, den 9. d. M., ein Vorschuß von insgesamt 180 % des für die Woche vom 27. Oktober bis 2. November festgesetzten Lohnes zu zahlen ist, soweit die wirtschaftliche Lage der Betriebe dies gestattet.

Warschau. (Ende des polnischen Generalstreiks.) Durch Vereinbarung zwischen Regierung und Streikleitung ist der Ausstand, insbesondere der Eisenbahn- und Poststreik, beigelegt worden. In Krakau entstanden infolge des Ausstandes große Unruhen, bei dem 25 Menschen getötet und gegen 80 verwundet wurden.

Vom Lebensmittelmarkt.

* **Der überhohe Brotpreis.** Die in Berlin entstandenen größeren Unruhen sind im wesentlichen auf die plötzlich erfolgte Heraufsetzung des Brotpreises von 25 auf 140 Milliarden zurückzuführen. Am nächsten Tage wurde dann der Preis auf die jetzt noch geltende Höhe von 80 Milliarden zurückgestellt. Aber auch diese Zahl wird nach Berechnungen gut unterrichteter Kreise als viel zu hoch bezeichnet. In der Aufstellung ist alles berücksichtigt, was in Frage kommt, Börsennotiz für Mehl, Verkaufspreis an Mühlen, Händler, Bäcker usw., Lagergeld, Löhne, Miete, Sozialabgaben, Umsatzsteuer, Zugaben, und was man sich sonst noch ausdenken kann. Trotzdem dürfte der Preis allerhöchstens für das Brot nur 64,1 Goldpfennige, oder ebensoviel Milliarden Papiermark betragen. Wer schluckt also den unrechtmäßigen Gewinn, durch den das Volk in Hunger und Verzweiflungsstimmung getrieben wird? Bei dem bekannten Spiel unter den Beteiligten, die Schuld immer auf einen andern zu schieben, kommt bekanntlich nie etwas heraus.

* **In der Berliner Zentralmarkthalle** wurden am 7. November folgende Pfundpreise (in Milliarden Mark) verlangt: Rindfleisch 120—160, Gefrierfleisch 90—120, Kalbfleisch 120 bis 150, Hammelfleisch 140—170, Schweinefleisch 200, geräucherter Inlandspeck 250—350, Blutwurst 200—210, Schlackwurst 260 bis 360, Hasen 90, Gänse 100—200, Huhn 100—150, Kabeljau 90—100, Schellfisch 40—75, lebende Karpfen 110—120, Heringe 40—60, Bücklinge 70—80, Sprotten 80—120, Salzfettheringe ab 14, Äpfel 10—120, Birnen 25—100, Kartoffeln 3,7—3,8, Weißkohl 7—8, Rotkohl 12—14, Spinat 10—14, Mohrrüben 5,8—8, Tomaten 17—22, Zwiebeln 20, Erbsen 51—57, weiße Bohnen 36—50, Butter 210—230, Margarine 82—98, Rindertalg (ausgel.) 100—120, Schmalz 120, Harzer Käse 70—120, ein Ei 25—28, Kunsthonig 64, Pflaumenmus 45, Malzkaffee 28, Zucker 37, Weizenmehl 28—33, Streichhölzer 3.

* **Ein Liter Milch 26 Milliarden.** Vom 8. November ab beträgt der Preis für einen Liter Vollmilch in Berlin 26 Milliarden, für einen Liter Magermilch 11 Milliarden.

Börse und Handel.

Dollarsteigerung und Effektensturz.

Zwei Ereignisse gaben der Berliner Mittwochbörse einen besonderen Charakter. Zunächst die Erhöhung des amtlichen Dollarkurses, der mehrere Tage mit 420 Milliarden festgeblieben war, auf 630, damit gleichzeitig der deutschen Dollarschatzanweisungen und der Goldanleihe, die weitere Herabminderung der immer noch nicht festgelegten Papiermark. Dann aber der Zusammenbruch der Effektenkurse, die teilweise um die Hälfte bis zu einem Drittel reduziert wurden. Als Ursache werden Geldknappheit und das deshalb starke Angebot durch die Effektenbesitzer, dann auch Unterstützung der Aktion durch die Spekulation zu vorläufig undurchsichtigen Plänen angeführt. Nur wenige Papiere blieben von dem allgemeinen Niedergang ausgeschlossen.

In Millionen Mk. **Was kosten fremde Werte?** In Millionen Mk

Börsenplätze	7. 11. gesucht	7. 11. angeb.	6. 11. gesucht	6. 11. angeb.
Holland 1 Gulden	243 390	244 610	164 588	165 412
Dänemark 1 Kr.	107 730	108 270	73 017	73 383
Schweden 1 Kr.	165 585	166 415	112 119	112 681
Norwegen 1 Kr.	92 765	94 235	63 441	63 759
Finnland Mark	16 959	17 034	11 372	11 428
Amerika 1 Doll.	638 425	638 425	418 950	421 050
England 1 Pfd.	2 793 000	2 807 000	1 895 250	1 904 750
Schweiz 1 Fr.	111 729	112 280	75 411	75 789
Frankreich 1 Fr.	35 910	36 090	24 339	24 461
Belgien 1 Fr.	30 923	31 077	20 948	21 052
Italien 1 Lira	27 930	28 070	18 953	19 047
Tschechien 1 Kr.	18 354	18 446	12 459	12 531
Österr. 1000 Kr.	8 977	9 023	5 985	6 015
Ungarn 1000 Kr.	33 915	34 085	22 942	23 058

Deutsche Werte am 7. November.

Dollarschatzanweisungen . .	(keine Notierung)
Goldanleihe (1 Dollar) amtlich .	630 Milliard. Papierm.
Ein Goldpfennig	1,5 „ „
Fünf „	7,5 „ „
Zehn „	15 „ „
Eine Goldmark	150 „ „

Eine Goldmark, umgerechnet über den amtlichen Berliner Briefkurs für Auszahlung Newyork (1 Dollar 638 425 Millionen) gleich 152 005 Millionen.

* **Noch eine wertbeständige Anleihe?** Der Deutsche Handelsdienst meldet: Nachdem erst vor wenigen Tagen die Ausgabe von Goldschatzwechseln im Betrage von 300 Millionen Goldmark angekündigt worden ist, verlautet jetzt in Berliner Bankkreisen, daß die Regierung beabsichtige, eine weitere wertbeständige Anleihe — etwa nach Art der Dollarschatzanweisungen — auszugeben, die gegen Einlieferung ausländischer Zahlungsmittel verkauft werden soll.

* **Produktenmarkt. Berlin, 7. November.** Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse. Getreide und Ölsaaten pro 1000 Kilogramm, sonst 100 Kilogramm. In Goldmark. (4,20 Goldmark gleich 1 Dollar Goldanleihe.) Weizen märkischer 184,50—189. Schwächer. Roggen märkischer 183—184. Schwächer. Sommergerste 164—168. Matt. Hafer märkischer 151—155. Matt. Weizenmehl 31,50—33,50. Feinste Marken über Notiz bezahlt. Ruhig. Roggenmehl 29—32,50. Ruhig. Weizenkleie und Roggenkleie 8—8,40. Ruhig. Viktoriaerbsen 43—52, kleine Speiseerbsen 33—36, Rapskuchen 15,50—16.

Rauhfutter. Bericht der Preisnotierungskommission für Rauhfutter. (Nichtamtlich.) Großhandelspreise pro 50 Kilogramm ab märkischer Station für den Berliner Markt (in Goldmark): drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 0,80—1,00, desgl. Haferstroh 0,70—0,90, desgl. Gerstenstroh 0,70—0,90, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 0,60—0,70, Häcksel 1,35, handelsübl. Heu 0,75—0,85, gutes Heu 0,90—1,00.

* **Kartoffelnotierungen** vom 7. November (amtlich) pro 50 Kilogramm Erzeugerpreise ab märk. Vollbahnstationen: Speisekartoffeln, weiße und rote, 1,90 Goldmark.

* **Die neuen Biersteuersätze.** Auf Grund des Biersteuergesetzes werden erhöht: die Steuersätze des Biersteuergesetzes (§ 3,1) von 68 151 000 000 M. auf 290 619 000 000 M., von 69 813 000 000 M. auf 297 707 000 000 M., von 71 475 000 000 M. auf 304 795 000 000 M., von 73 137 000 000 M. auf 311 883 000 000 Mark, von 76 462 000 000 M. auf 326 060 000 000 M., von 79 786 000 000 M. auf 340 237 000 000 M., von 83 110 000 000 Mark auf 354 413 000 000 M.; der Steuersatz für Einfuhrbier des § 4 des Biersteuergesetzes von 83 110 000 000 M. auf 354 413 000 000 M. Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 8. November 1923 in Kraft. Auf Grund des Zuckersteuergesetzes wird bestimmt: Die Abgabe von Stärkezucker beträgt 258 Milliarden Mark, die von anderem Zucker 646 Milliarden Mark von 100 Kilogramm Reingewicht. Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 8. November 1923 in Kraft.

Wetter-Aussichten.

11. Nov.	Veränderlich, vielfach trübe, normal temperiert.
12. „	Wenig verändert, Niederschläge.
13. „	Wolken, teils Sonne, gelinde, Strichweis Niederschlag.
14. „	Wolken, strichweis Niederschlag, teils Sonne.
15. „	Wenig verändert.
16. „	Wolken, Regenfälle, gelinde teils Sonne.
17. „	Veränderlich gelinde.

Bezugsbedingungen.

Ein anderer als monatlicher Bezug wird nicht gewährt. Die monatlichen Bezieher verpflichten sich, bei der Bestellung des Abonnements die während der einmonatlichen Bezugszeit notwendigen Preiserhöhungen zu bezahlen.

Berlin, 8. Nov. An der heutigen Börse notierte der Dollar 630 000 000 000.

Schriftleitung: Wilh Bell jr., Halver i Westf.

Ihre Vermählung geben bekannt:

Otto Hefendehl

Addy Hefendehl

geb. Beilschmidt

Halver *Barmen*

9. November 1923.

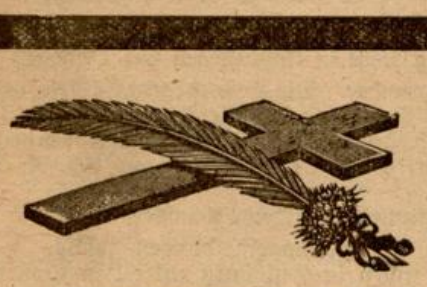
Franz Schneider

Lotte Schneider

geb. Brückmann

Vermählte

Halver, den 9. November 1923.



Heute morgen starb im Städtischen Krankenhause zu Lüdenscheid nach langem, schweren, mit grosser Geduld ertragenem Leiden mein lieber, unvergesslicher Mann, der treusorgende Vater meiner beiden Kinder, unser lieber Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager, Onkel und Neffe

Otto Sondermann

im besten Mannesalter von 44 Jahren.

Dieses zeigen hiermit tiefbetrübt an mit der Bitte um stille Teilnahme

die trauernden Hinterbliebenen
Familie Sondermann.

Hölterhaus b. Kierspe,
den 7. November 1923.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 10. Nov., nachm. 3½ Uhr vom Trauerhause, Hölterhaus, aus statt.

Verordnung.

6. Division (Wehrkreiskommando VI) Nr. 6368.

Die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln ist das dringenste Problem des Augenblicks. Die immer schärfere Formen annehmende wirtschaftliche Not ist letzten Endes die Wurzel allen Uebels und die schlimmste Quelle für die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung, deren unbedingte Aufrechterhaltung die Hauptaufgabe des verhängten Ausnahmezustandes ist.

Eine gründliche Besserung in der Verteilung der zur Genüge vorhandenen Lebensmittel, die zur Zeit durch Preisfragen und Verkehrsschwierigkeiten beengt ist, wird erst nach Einführung einer wertbeständigen Währung erwartet werden können. Maßnahmen in großzügigem Rahmen in dieser Richtung sind Aufgaben der Regierung. Der militärische Ausnahmezustand schließt aber auch die Pflicht zur Fürsorge in sich.

Mit Zustimmung des Herrn Regierungskommissars ordne ich für die Tätigkeit der Zivilbehörden deshalb folgendes an:

1. Die Beachtung der am 15. 8. 23 in Kraft getretenen Preistreibereiverordnung wird zur strengsten Pflicht gemacht.

2. Alle Verstöße gegen diese Verordnung, zu der jetzt auch der Wucher bei Vergütungen für Leistungen zur Befriedigung des täglichen Bedarfs, insbesondere für das Anfertigen, Bearbeiten, Umändern, Ausbessern, Reinigen, Färben, Aufbewahren, Transportieren von Gegenständen des täglichen Bedarfs, ferner für Arbeiten an einem Gebäude, gehört, sind unverzüglich bei den zuständigen Stellen (Polizeiverwaltung, Staatsanwaltschft) znr Anzeige zu bringen.

3. In der Verordnung vom 15. 8. 23 ist bereits die Enteignung von Gegenständen des täglichen Bedarfs bei Ueberschreitung des Höchstpreises oder unlauterer Zurückhaltung von Waren, insbesondere von Lebensmitteln vorgesehen. Erforderlichenfalls haben die Zivilbehörden Bestimmungen über weitere Einschränkungen des Eigentums bei mir zu beantragen.

4. Dem illegalen Handel, dem sogenannten „Aufkäufer"-Unwesen, ist rücksichtslos zuleibe zu gehen. Sowohl der Aufkäufer, der unbillige, den örtlichen Verhältnissen nicht entsprechende Preise fordert, als auch der Verkäufer, der derartige Preise annimmt, ist zunächst in Polizeihaft zu nehmen mit sofortigem Antrag bei mir auf Schutzhaft. Ich werde diese Verbrecher am Volke vor einem Ausnahmegericht zur Verantwortung ziehen.

5. In gleicher Weise ist gegen das rein spekulative Zurückhalten von Nahrungsmitteln vorzugehen. Die vom Produzenten jetzt oft vertretene Auffassung, daß die von ihm produzierten Lebensmittel eine Ware seien, wie jede andere auch, kann ich in Zeitläufen, wie den gegenwärtigen, als berechtigt nicht anerkennen. Ich sehe solche Handlungen als strafbar an und werde scharf gegen sie einschreiten.

6. Es ist Pflicht der Oberpräsidenten und der Landesregierungen, ihren ganzen Einfluß aufzuwenden, um eine ausgleichende Mittelrolle zwischen den Interessenten der landwirtschaftlichen Produzenten und denen der städtischen und industriellen Verbraucher zu übernehmen. Hierzu wird umgehend persönliche Besprechung unter Ausschaltung des gewöhnlichen Verwaltungsweges mit den in Betracht kommenden Interessentengruppen von mir gefordert. Nur so ist ein schnelles und wirksames Ergebnis zu erzielen. Ueber den Zeitpunkt dieser Besprechung ist mir rechtzeitig Mitteilung zu machen, damit ich möglichst selbst an den Besprechungen teilnehme oder wenigstens einen Vertreter entsenden kann.

7. Jede Selbsthilfe der Bevölkerung, um der wirtschaftlichen Not zu steuern, untersage ich strengstens. Sie führt nur zu Plünderungen, Felddiebstahlen, politischen Verhetzungen und Unruhen. Ich werde auf Grund der Ausnahmebestimmungen scharf gegen solche Uebergriffe einschreiten. Dagegen fordere ich von der Bevölkerung rege Mitwirkung bei der Entlarvung und Feststellung der Wucherer und Schieber. Alle diesbezüglichen Angaben sind mit zweckdienlichen Unterlagen an die Polizeiverwaltungen und Staatsanwaltschaften zu richten. Von diesen ist gegen verbrecherische Schieber und Wucherer nach vorläufiger Verhängung der Polizeihaft bei mir Schutzhaft zu beantragen. Schleunige Aburteilung werde ich dann durch Ausgahmegerichte veranlassen.

Münster, den 22. Oktober 1923.

Der Militärbefehlshaber:
gez. von Loßberg.

Der
Theater-Verein „Edelweiß"
Oeckinghausen
veranstaltet am **Sonntag, den 11. Nov.** im Saale **Ewald Ecks (Süderland)** Oberbrügge einen

Theater-Abend.

Einlaß 4 Uhr. — Anfang 4½ Uhr.

U. a. gelangt zur Aufführung:

„Der wilde Sepp"

Drama in 4 Akten.

Es ladet ein

Der Verein.

Gegen sofortige Barzahlung suchen wir

Nadelholzbestände

aller Art zum Selbstabtrieb, sowie geschlagene Holzbestände zu kaufen

Nörtemann & Co., Holzhandlung Hagen i. W.
Fernruf 1897 und 3965

Dilettanten-Verein „Hohenzollern" Halver.
Freiwillige Feuerwehr Halver.

Samstag den 11. November
abends punkt 8 Uhr, und
Sonntag, den 10. November
nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr
auf der Carlshöhe

Vorführung eines großen vaterländischen Films

Der Rhein

unter Mitwirkung der
gesamt. Feuerwehrkapelle Halver.

Reinertrag geht zu Gunsten des Vaterländischen Frauenvereins und zur Unterhaltung der Wehr.

Brauner



Jagdhund

„Tasso" entlaufen.

Wiederbringer erhält Belohnung.

H. Ecks,
Radermühle.

Drehstrom-Motor
gegen
Schwein
zu vertauschen.

Angeb. u. F. 1440 an die Gesch. des Allg. Anz. Halver.



Erhalte Sonnabend den 10. Nov. eine große Sendung erstklassige

Ia. Oldenb. Ferkel und Läuferschweine.

Wilh Faßbender,
Meinerzhagen.
Telefon 85



Heute erhielt ich
Schweine
Hugo Kerspe,
Halver
Telefon 52.

Allgemeine Orts-Krankenkasse Kierspe.

Ausschußsitzung

am **Samstag, den 17. November 1923,** nachm. ½6 Uhr, im Sitzungssaale des Amtshauses zu Kierspe.

Tag-sordnung:

1. Voranschlag für das Rechnungsjahr 1924
2. Wahl der Rechnungsrevisoren zur Prüfung der Rechnung pr. 1923.
3. Besoldung des Geschäftsführer der Zahlstelle Rönsahl.
4. Festsetzung der Kosten für Miete, Reinigung, Heizung und Licht für das Geschäftszimmer in Kierspe.
5. Beschlußfassung über die endgültige Zulassung des Herrn Dr. Schürfeld als Kassenarzt.
6. Verschiedenes

Kierspe, 7. 11. 23.

Der Vorstand.

Briefkasetten

mit und ohne Druck

empfiehlt

Wilh. Bell jr., Halver.